Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #112
29. Jahrgang | März 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit nunmehr zwei Jahren wird unser Leben von der Corona-Krise dominiert. Unabhängig davon, wie wir zu den einzelnen politisch getroffenen Maßnahmen stehen, erleben wir die größten Grundrechtseinschränkungen, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gab. „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist das Leben der Menschen außerhalb von Gefängnissen so strikt reguliert worden wie in der Corona-Zeit", stellt Prof. Dr. Heribert Prantl fest. Es klingt dramatisch, es war dramatisch - und die Auswirkungen werden uns noch lange beschäftigen. Wenngleich viele Menschen diese Folgen sehr unterschiedlich wahrnehmen.

So hat kürzlich etwa das Institut für Demoskopie in Allensbach ermittelt, 86 Prozent der Deutschen würden sagen, der Zustand unserer Gesellschaft habe sich in den letzten beiden Jahren verschlechtert. In einer INSA-Umfrage sahen 23 Prozent die Gefahr einer Diktatur in unserem Land, 15 Prozent erwägen der gleichen Befragung zufolge auszuwandern, was in absoluten Zahlen annähernd 13 Millionen Menschen wären. Und der Kanzler, der weder „rote Linien" kennt noch eine „Spaltung im Land" sieht, sagte kürzlich in der ARD allen Ernstes: „Deutschland ist ja gegenwärtig gerade das erfolgreichste Land in Europa in der Frage des Umgangs mit der Pandemie." In welcher Realität, frage ich mich, leben eigentlich führende Politiker und Politikerinnen in unserem Land?

Der Soziologe und Historiker Dr. Alexander Zinn hat in einem Beitrag in der *Berliner Zeitung* ein paar Gedanken geschrieben, die mir zumindest bedenkenswert für unsere aktuelle Lage erscheinen. Er schreibt: „*Es ist an der Zeit, dass wir wieder zur Vernunft kommen und den Panikmodus, in dem wir uns seit fast zwei Jahren befinden, beenden. Dass wir einen Moment innehalten und überlegen, ob die Suche nach einem Sündenbock tatsächlich der richtige Weg ist, um mit Krankheit und Tod umzugehen. Dass wir versuchen, eine Mediendynamik zu durchbrechen, die davon lebt, immer erschreckendere ‚Zahlen' und immer abschreckendere ‚Schuldige' zu präsentieren, denen man angeblich nur noch mit Verboten und Zwangsmaßnahmen beikommt.*" Dies werde allerdings nur gelingen, wenn wir uns darauf besinnen würden, dass Skepsis, Zweifel und Widerspruch die Fundamente von Aufklärung, Wissenschaft und Fortschritt sind. Bedenklich sei aber, dass mittlerweile nahezu jeder Kritiker als „Spinner", „Schwurbler", „Wissenschaftsfeind" oder „Rechter" abgewertet werde. Allerdings seien nicht diejenigen „Wissenschaftsfeinde", die Zahlen, Studien und Maßnahmen hinterfragen würden, sondern diejenigen, die die offene Aussprache darüber unterbinden wollten. „*Schuldzuweisung und Ausgrenzung mögen uns psychologisch entlasten. Die Corona-Krise, die inzwischen eher eine gesellschaftliche als eine gesundheitliche ist, werden wir damit nicht lösen.*"

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Verirrt**
- **Sudan: Keine weiche Landung**
- **Trauer um Jochen Stay**
- **Diplomatie statt Kriegsvorbereitung**
- **Das „stahlharte Gehäuse" des Kapitals**
- **Oxfam: Die Reichsten verdoppeln ihr Vermögen**



Gegen das Säbelrasseln zwischen NATO und Russland und wegen der akuten Kriegsgefahr finden zunehmend Proteste statt. Hier bei der Demonstration am 19.2. gegen die Münchner Sicherheitskonferenz.

In der Corona-Krise sehe ich persönlich inzwischen eine wahrhaftige Gesellschaftskrise. Es ist sehr zu hoffen, dass die von Scholz geführte Bundesregierung die Chance zum Kurswechsel endlich ergreift und öffentlich einräumt, dass das Schönreden alarmierender Entwicklungen nicht weiterhilft. „*Es gilt in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft der Satz: Wenn es nicht zwingend geboten ist, Freiheit zu beschränken, ist es zwingend geboten, Freiheit nicht zu beschränken*", so Heribert Prantl. „*Angesichts der*

Weitere Infos auch unter
www.lebenshaus-alb.de

reduzierten Pathogenität der Virusvariante Omikron ist dieser Zeitpunkt da. Man kann Grundrechts-Einschränkungen nicht mit der Ankündigung oder auch nur Vermutung neuer Corona-Wellen im Herbst einfach aufrechterhalten."

Besorgniserregendes Säbelrasseln

„Corona" dominiert derart stark unser Leben, dass darüber andere besorgniserregende Entwicklungen drohen, vergessen bzw. viel zu wenig beachtet zu werden. So diskutiert etwa die EU darüber, ob Atomenergie als nachhaltige Energiequelle gefördert werden soll. Die drohende Klimakatastrophe ist etwas in den Hintergrund getreten. Das Desaster des verlorenen Afghanistankriegs scheint ohne Aufarbeitung zu bleiben. Ganz zu schweigen von einer ernsthaften Betrachtung und Bearbeitung weltweit herrschender struktureller Gewalt mit den Folgen Armut, soziale Ungerechtigkeit und Flucht. Und dann die Gefahren, die zum Beispiel aus konventioneller, atomarer oder biologischer Rüstung hervorgehen.

So hat in den vergangenen Wochen das Säbelrasseln zwischen der US-Regierung, anderen NATO-Staaten und Russland eine neue Qualität erreicht. Zunehmend wird von einem drohenden Krieg „mitten in Europa" geredet und von einem hohen Preis, den Russland bei einem Einmarsch in die Ukraine bezahlen müsse. Folgt man der Medienberichterstattung, ist selbst die Frage, ob daraus ein Krieg entstehen könnte, in den dann auch die NATO involviert wäre, auf dem Tisch.



Die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz, die viele Jahre als ARD-Korrespondentin in Russland gearbeitet hat, antwortet auf die Frage, wie sie auf diese Entwicklung blicke: „*Hochgradig besorgt. Ständig liest man Meldungen wie: Der amerikanische Präsident Biden warnt vor einem unmittelbar bevorstehenden russischen Einmarsch. Die baltischen Staaten bereiten sich auf einen russischen Angriff vor, etc. etc. Man bekommt den Eindruck, einigen Journalisten kann es gar nicht schnell genug gehen mit dem Krieg.*"

Schrecken der beiden Weltkriege vergessen?

Es scheint, die Schrecken der beiden Weltkriege seien vergessen. „Nie wieder Krieg" lautete das Motto der Massenkundgebungen, mit welchem pazifistische Organisationen während der Weimarer Republik immer wieder an das Leiden im Ersten Weltkrieg erinnerten, um Abrüstung und friedliches Miteinander der Völker zu fordern. Im Gründungsaufruf des Friedensbund der Kriegsteilnehmer, initiiert u.a. von Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, von dem 1920 die Gründung der „Nie-wieder-Krieg"-Bewegung ausging, hieß es: „*Der Weltkrieg ist vorbei. Wenn er einen Sinn gehabt haben soll, kann es nur der gewesen sein, die Völker über den Aberwitz bewaffneter Auseinandersetzungen zu belehren. Auch solche gigantischen Lehren werden jedoch rasch vergessen.*"

Wie wir wissen, wurde diese gigantische Lehre, die allerdings ja nur von einer Minderheit gezogen wurde, nicht herrschende Politik. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs wurde „Nie wieder Krieg" erneut zur Leitidee - wieder für eine Minderheit, die sich zum Teil als Friedensbewegung organisierte. Bundeskanzler Konrad Adenauer und seine Nachfolger setzten auf Integration in den Westen, auf militärische Abschreckung und eine Politik der Stärke. Diese auf Konfrontation ausgerichtete Politik machte den Kalten Krieg immer härter. Erst Willy Brandt leitete als Außenminister und dann als Bundeskanzler mit seiner neuartigen Ostpolitik eine neue Epoche der Verständigung ein. Seine Aussage „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein" im Oktober 1969 unterstrich ein neues Denken, das fortan wegweisend für die Politik der Bundesregierung unter seiner Führung wurde. Mit den Ostverträgen begann er einen Kurs der Entspannung und des Ausgleichs mit der Sowjetunion, der DDR, Polen und den weiteren Ostblockstaaten.

Zum Glück musste ich nie die Schrecken eines Krieges unmittelbar erleben. Aber rückblickend froh bin ich darüber, mit Eltern aufgewachsen zu sein, die von ihren Kriegserlebnissen im Zweiten Weltkrieg erzählt haben. Die Vorstellung, dass Krieg absoluter Horror ist und alles zu tun bzw. zu unterlassen ist, was zu Krieg führen könnte, diese Einsicht hat mein Leben geprägt. Ich erinnere mich auch noch gut an die Angst in meiner Kindheit, als die Welt während der Kuba-Krise 1962 am atomaren Abgrund stand. Meine kriegsgeprägten Eltern legten damals Lebensmittelvorräte an. Und natürlich hat das Aufwachsen im Schatten eines wahnsinnigen atomaren Wettrüstens seine Spuren bei mir hinterlassen.

Kriegsgefahren und verlorene Kriege

Die atomare Aufrüstung führte dazu, dass das weltweite Atomwaffenarsenal bis in die 1980er Jahre hinein auf rund 70.000 Atomsprengköpfe angewachsen war. Viele tausende Atomwaffen waren zu jener Zeit in Deutschland deponiert. Auch hier, wenige Kilometer von unserem Wohnort entfernt, befanden sich Stellungen mit Atomraketen. Gegen die damit verbundene Gefahr sind insbesondere in den 1980er Jahren Hunderttausende oder gar Millionen Menschen in unserem Land und weltweit aufgestanden und haben sich der Gefahr in den Weg gestellt. Nach den Verbrechen von Hiroshima und Nagasaki standen wir als Weltgemeinschaft vor der völligen atomaren Zerstörung. Ob aus Absicht, durch einen Unfall

oder durch Fehlalarme – der Einsatz von Atomwaffen stand nach 1945 oft unmittelbar bevor. Fast nicht glauben konnte ich, dass dann Michail Gorbatschow und Roland Reagan im November 1986 den INF-Vertrag zur Verschrottung atomarer Mittelstreckenwaffen unterzeichneten. Bald darauf war der Kalte Krieg zu Ende. Die Erleichterung war groß. Und die weltweite Friedensbewegung hat dazu nicht unerheblich beigetragen.

Das sind prägende Erfahrungen. Doch diese scheinen einer jüngeren Generation von Journalist*innen und Politiker*innen abzugehen. „*Krieg ist Horror und nicht nur aseptische Joystick-Aktivität in durchgestylten IT-Räumen*“, stellt Gabriele Krone-Schmalz fest. „*Aber offenbar reicht bei vielen weder die Bildung noch die Fantasie aus, um sich die Schrecken des Krieges vorzustellen. Anders kann ich mir das Verhalten nicht erklären.*“

Gerade erst ist der Afghanistan-Krieg desaströs verloren gegangen. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, betonte Anfang der 2000er Jahre der Verteidigungsminister der rot-grünen Bundesregierung, Peter Struck (SPD). Wer das Desaster nicht bereits vorausgesehen hat, kann zumindest jetzt die Ergebnisse dieser militärisch gestützten „Sicherheitspolitik“ am Hindukusch sehen. Der Krieg der NATO hat hunderttausenden Menschen das Leben gekostet, ein verwüstetes und verarmtes Land hinterlassen, Hunderttausende in die Flucht geschlagen - und die Taliban sind zurück an der Macht über das Land.

Müsste dieses Afghanistan-Desaster ebenso wie ein drohender Atomkrieg - führende Wissenschaftler haben in diesem Jahr die Weltuntergangsuhr erneut auf 100 Sekunden vor zwölf Uhr stehenlassen - nicht Anlass sein, noch einmal über das „Nie wieder Krieg!“ nachzudenken? Würde es nicht naheliegen, sich auf eine Politik zu besinnen, die auf zivile Mittel setzt statt auf militärische? Stattdessen wird im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen dem Westen und Russland von Politik und Medien vielfach Öl ins politische Feuer gegossen.

Feindbilder überwinden

Angesichts der Konfrontation zwischen der NATO und Russland im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt bräuchten wir als Gegengewicht dringend eine kraftvolle Friedensbewegung vergleichbar jener in den 1980er Jahren. Doch davon sind wir aus unterschiedlichen Gründen leider sehr weit entfernt.



Immerhin gibt es inzwischen aus den Reihen der Friedensbewegung einige Aktionen und Aufrufe, die unterzeichnet werden können. Die Überschriften lauten etwa „Gemeinsame Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland“, „Friedenspolitik statt Kriegshysterie“ und „Diplomatie statt Kriegsvorbereitung“. Letzteren Aufruf sowie weitere Hinweise veröffentlichen wir in diesem Rundbrief. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich möglichst viele Menschen an diesen Aktionen gegen den drohenden Krieg in Europa beteiligen würden.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam daran mitarbeiten, innergesellschaftliche ebenso wie nach außen gerichtete Feindbilder zu überwinden und das Versprechen „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ von Willy Brandt wieder aufgreifen.

Mit allen guten Wünsche grüße ich herzlich,

Euer / Ihr



Michael Schmid

Bitte um weitere Unterstützung

Für unser von Politik, Parteien und Wirtschaft unabhängiges Engagement sind wir auf Ihre und Eure Unterstützung und Solidarität angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. unsere jährlichen Tagungen im Herbst, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und zwei Minijobs sowie möglichst Abbau von Verbindlichkeiten für das Gebäude erfordern erhebliche Finanzmittel.

Wir freuen uns über jede Unterstützung, gerne mit einer Einzelspende oder gar einer regelmäßigen Spende oder einer Fördermitgliedschaft.

Herzlich bedanken wollen wir uns bei allen, die unsere Arbeit unterstützen!

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Tagung im Herbst 2022

Wenn alles gut geht, werden wir dieses Jahr am 15./16. Oktober unsere zehnte Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht" durchführen können. Die Vorbereitungen darauf haben jedenfalls längst begonnen.



Wir freuen uns sehr, dass wir folgende Referierende gewinnen konnten:

Emran Feroz ist 1991 in Innsbruck als Kind von vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan nach Österreich geflohenen Eltern geboren worden; er ist Journalist mit Fokus auf Nahost und Zentralasien, berichtet regelmäßig aus Afghanistan und ist für zahlreiche deutsch- und englischsprachige Medien tätig; 2017 erschien sein Buch „Tod per Knopfdruck" über den US-amerikanischen Drohnenkrieg im Westend Verlag; 2018 folgte der Interviewband mit Noam Chomsky „Kampf oder Untergang!"; er ist Gründer von „Drone Memorial" (www.dronememorial.com), einer virtuellen Gedenkstätte für zivile Drohnenopfer.

Barbara Bürger, sie wuchs in der DDR auf, wo ihr aufgrund ihrer ideologiekritischen Haltung nur ein Theologiestudium erlaubt wurde; 1989-90 gestaltete sie die Friedliche Revolution mit; ab 1991 war sie 10 Jahre lang als Schulpfarrerin tätig; sie absolvierte einen berufsbegleitenden Aufbaukurs des OeD/Schalomdiakonat und ging danach für ein Jahr in ein Frauenprojekt nach Chile; gemeinsam mit ihrem Mann, Eberhard Bürger, arbeitete sie in Gemeinden, um dort das Bewusstsein für den Konziliaren Prozess zu stärken und konkrete Schritte zu gehen; wiederholt arbeitete sie als Vorstandsmitglied im Versöhnungsbund mit und ist Mitgründerin der Gruppe „Oldies for future Magdeburg".

Eberhard Bürger ist in Weimar aufgewachsen, hat nach einer Lehre als Fernmeldemechaniker Theologie studiert, war Assistent im Fachbereich Praktische Theologie in Jena und anschließend in verschiedenen Pfarrämtern berufstätig. Seit 1966 war er am Aufbau von kleinen Friedensgruppen in Jena und Zeitz beteiligt und hat Gemeindearbeit zu Friedens-, Umwelt- und anderen alternativen Themen gemacht; er hat im Neuen Forum mitgearbeitet und die Friedliche Revolution 1989 mitgestaltet. Seit 1990 ist er Mitglied im Versöhnungsbund, davon 4 Jahre im Vorstand; seit ca. 2014 regionale Friedensarbeit in Magdeburg; zahlreiche schriftliche Arbeiten sind Teil seiner persönlichen Friedensarbeit.

Marion Küpker engagiert sich seit Jahrzehnten für den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland und ist Sprecherin der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt", die aus über 60 Organisationen und Friedensgruppen besteht, und organisiert die 20-wöchigen Aktionspräsenzen vor Ort in Büchel; sie ist Koordinatorin der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) und organisiert die jährlichen internationalen Wochen in Büchel mit den US-Anti-Atomwaffen-Delegationen. 2019 wurde sie die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt" mit dem Aachener Friedenspreis geehrt. Seit November 2019 ist Marion Küpker als Friedensreferentin beim Versöhnungsbund angestellt.

Wie in den vergangenen Jahren werden Gabriele Lang und Bernd Geisler wieder das Tagesprogramm musikalisch bereichern.

Eine öffentliche Abendveranstaltung bereiten wir noch vor.

Am Sonntag wird wieder eine **Wanderung auf der Schwäbischen Alb** angeboten. Damit besteht die Möglichkeit, in Bewegung und in Gemeinschaft mit anderen das am Vortag Gehörte und Erlebte setzen zu lassen oder auch Gedanken darüber mit anderen auszutauschen. In herrlicher Landschaft kann die Natur genossen und es kann entspannt werden...

Änderungen von Adressen und Konten

Es kommt immer wieder vor, dass jemand umzieht. In diesem Fall bitten wir daran zu denken, uns die neue Anschrift mitzuteilen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Kontakt verloren geht.

Und falls sich - bei einer erteilten Einzugsermächtigung - die Bankverbindung ändern sollte, bitten wir zur Vermeidung unnötiger Kosten um rechtzeitige Mitteilung der neuen Bankdaten. Eine Abbuchung, die wegen Kontoauflösung nicht durchgeführt werden kann, kostet uns zum Beispiel mehr als 5,70 €.

40 Jahre: „Schwerter zu Pflugscharen" - Einwöchige Sitzblockade vor dem Atomwaffenlager in Großengstingen im Sommer 1982 - Beteiligte für Interviews gesucht



Vom 1. bis 8. August 1982 wurde unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen" eine Woche lang das Atomwaffenlager bei Großengstingen blockiert. In diesem sogenannten „Sondermunitionslager Golf" befanden sich damals sechs Atomsprengköpfe für Lance-Kurzstreckenraketen, jeder Atomsprengkopf mit der doppelten Sprengkraft der Hiroshima-Bombe ausgestattet. Rund 750 Menschen beteiligten sich an dieser gewaltfreien Aktion, mehrere hundert von ihnen bekamen Strafbefehle, jahrelang folgten Gerichtsprozesse. Die Großengstinger Blockadeaktion vom August 1982 war ein Meilenstein in der Geschichte der westdeutschen Friedensbewegung. Denn damals wurde massenhaft gewaltfreier Widerstand gegen die „Nachrüstung" aus- und ziviler Ungehorsam eingeübt. Für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung und anderer Sozialer Bewegungen blieb diese gewaltfreie Aktion nicht ohne Wirkung.

Erinnerung mit Interviews von Beteiligten

Auf unserer *Lebenshaus*-Website wurde diese Aktion bereits früher ausführlich gewürdigt. Mehr unter: https://ogy.de/vvh2

Anlässlich des 40. Jahrestags wollen wir gerne erneut an diese Aktion erinnern und diese würdigen. Konkret ist bisher geplant, einige Interviews von damals beteiligten Menschen auf unserer Website zu veröffentlichen. Wie blicken sie heute mit dem Abstand von vier Jahrzehnten auf diese Aktion zurück? Welche Bedeutung hat sie in ihrer eigenen Biografie gespielt? Wir hoffen natürlich, dass sich für solche Interviews Menschen finden werden.

Wer 1982 an dieser Blockadeaktion in Großengstingen beteiligt war und evtl. zu einem schriftlichen Interview bereit wäre, soll bitte mit dem *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* Kontakt aufnehmen, z.B. per Mail (info@lebenshaus-alb.de), Telefon (07574 2862) oder Fax (07574 91110). Wir würden uns freuen!

Im April 2020 schrieb der ehemalige sowjetische Präsident Gorbatschow eindrucksvoll:

„Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein Umdenken des gesamten Sicherheitskonzepts. …
Das übergeordnete Ziel muss die menschliche Sicherheit sein: Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Wasser und einer sauberen Umwelt sowie Pflege der Gesundheit der Menschen. Um dies zu erreichen, müssen wir Strategien entwickeln, Vorbereitungen treffen, Reserven planen und schaffen. Aber alle Bemühungen werden scheitern, wenn die Regierungen weiterhin Geld verschwenden, indem sie das Wettrüsten befeuern.

Ich werde nie müde zu wiederholen: Wir müssen die Weltpolitik, die internationale Politik und das politische Denken entmilitarisieren.

Um dies auf höchster internationaler Ebene anzugehen, fordere ich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf, eine Sondersitzung der UN-Generalversammlung einzuberufen, die stattfinden soll, sobald sich die Situation stabilisiert hat. Es sollte um nichts weniger als die Überarbeitung der gesamten globalen Agenda gehen. Insbesondere fordere ich sie auf, die Militärausgaben um 10% bis 15% zu senken. Dies ist das Mindeste, was sie jetzt tun sollten, als erster Schritt in Richtung eines neuen Bewusstseins, einer neuen Zivilisation."

Verirrt

Von Katrin Warnatzsch – Soziale Friedensarbeit

Ein verirrter Reiher, weiß auf fleckigen Schneefeldern, sehr einsam, obwohl weit und breit keine Wasserstelle zu sehen ist, begegnet uns im kalten Winter auf der Schwäbischen Alb. Auf der Erde Schnee und Eis, durchsichtige Bäume und dazu oft der sehr stürmische, kalte Wind, fliegende Wolken am wechselvollen Himmel und selten Begegnungen mit anderen Menschen. Das Frühjahr scheint noch weit.

In der Krise sollte man keine weitreichenden, lebensverändernden Entscheidungen treffen. Diese Einsicht gilt für mich auch in der Corona-Krise. Deswegen beobachte ich aufmerksam, was um uns herum und auch woanders geschieht, vergleiche die Informationen und verschiedenen Meinungen. Dabei versuche ich vor allem, die Menschen mit anderer Mei-



nung nicht zu verurteilen. Und meine eigene Haltung beständig zu hinterfragen, offen zu bleiben. Überzeugt bin ich, dass niemand „die Wahrheit“ gepachtet hat. Personen, die so auftreten, als sei nur ihre Sichtweise „wahr“, sind mir zutiefst zuwider.

Die seit Beginn der Corona-Krise weitverbreitete Angst, die mithilfe von angeblich drohenden Worst-Case-Szenarien geschürt wird, sehe ich als ein Grundproblem an. In einem vom Bundesinnenministerium im März 2020 verfassten Strategiepapier mit dem Titel „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“, das inzwischen unter dem Stichwort „Panikpapier“ bekannt geworden ist, wird u.a. empfohlen, mit drastischen Maßnahmen in der Bevölkerung eine „gewünschte Schockwirkung zu erzielen“. Es solle klargemacht werden, dass bei einer Infizierung mit dem COVID-19-Virus eine Todesart das „qualvolle“ Ersticken sein könne. Man müsse in den Köpfen der Menschen solche Bilder entstehen lassen: „Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause.“ Zudem seien auch Kinder Opfer des Virus und auch bleibende Folgeschäden bei einer Erkrankung seien nicht ausgeschlossen. (Das Papier des Innenministeriums ist u.a. unter diesem Link zu finden: https://ogy.de/f59k)

Entsprechend wird seit zwei Jahren der Bevölkerung von Politik und Leitmedien massiv Angst gemacht. Es wird höchste Zeit, diese Panikmache endlich zu beenden.

Gedanken mache ich mir auch, warum es so scheint, als wäre das erklärte Ziel unseres Gesundheitssystems, dass wir dem Tod in jedem Alter entfliehen müssten. Vielleicht hat diese Krise auch das Nachdenken darüber bei manchem angestoßen und unsere Sterblichkeit wieder bewusster gemacht?

Verirrt, da heißt es, den Weg wieder zu finden. Vielleicht auch, die Panikmache, insbesondere durch verstörende Bilder, zu durchschauen und nicht schnell nach einfachen Lösungen und Erklärungen zu suchen oder sich damit zufrieden zu geben. Erkunden, ob und wo Menschen ausgegrenzt werden, und warum. Sich mit dem eigenen Verhalten entscheiden, nicht dazu beizutragen, dass Ausgrenzung geschieht. Muster von Manipulationen erkennen und darüber miteinander sprechen. Vielleicht zeigt sich schon so ein Stück des Weges.

Das *Lebenshaus*-Gebäude

Wohnen und arbeiten im *Lebenshaus* bedeutet auch, dass manches langsam in die Jahre kommt. An der Fassade und den Fenstern müssen Renovierungsarbeiten gemacht werden. Im Haus brauchen wir eine Bad-Sanierung, Wände, Böden und Treppenhaus haben mittelfristig ebenfalls eine Erneuerung nötig. Die ersten Beschlüsse sind gefasst, nun müssen wir begutachten und planen, was möglich ist. Das wird wieder mehr Unruhe ins Haus bringen und zusätzlich vor allem Zeit benötigen - die uns dann bei Anderem fehlen wird. Um den Wert des Gebäudes weiter zu erhalten, auch für die Zukunft, sind dies notwendige Ausgaben, für die wir Geld einsetzen müssen.

Auszug

Einer unserer langjährigen Mitbewohner, ein junger Mann aus Afghanistan, ist im Februar ausgezogen. Er wollte sich in eine andere Stadt begeben, wo er Freunde und eine erreichbare Arbeit gefunden hat. Es waren fast vier Jahre mit vielfältigen gemeinsamen Gesprächen und Erfahrungen. Dies wird oft erst im Nachhinein bewusst und bedeutungsvoll. Nach „Erfolg“ des Aufenthaltes im *Lebenshaus* frage ich nicht, aber unvergesslich bleibt mir der Mensch, mit seinen persönlichen Fragen und Antworten, seinem Suchen und seinem erstaunlichen Humor. Berührend auch die Nähe, die wir immer wieder zueinander erfahren haben, das Verstehen auch ohne viele Worte, ob es angenehm war oder auch nicht. Die Selbstständigkeit ist gewachsen, wir wünschen ihm nun die Fähigkeit, dies jeden Tag in erfreulichem Maße umzusetzen.

Einzug



Den frei werdenden Wohnraum haben wir bereits schon weiter vergeben an einen jungen Mann, der ebenfalls ursprünglich aus Afghanistan stammend, dann vom Iran aus nach Deutschland geflüchtet ist. Er benutzt seit über einem Jahr ein Gästezimmer im Dachgeschoss, um seine schulische Ausbildung und die täglich wechselnden Arbeitszeiten bewerkstelligen zu können. Er hat im *Lebenshaus* den Internetzugang, der in seiner Wohnung nicht vorhanden ist, ebenso haben wir ihn regelmäßig mit Mahlzeiten unterstützt. Dafür bringt er mir ab und zu Blümchen. Er kann nun, nach der Renovierung der Wohnung, bald aus dem Nachbarort zu uns umziehen und hat es dann etwas leichter, seinen Ausbildungsplatz zu erreichen. Auch für uns wird es gut sein, wieder etwas mehr Abgrenzung in unserem Privatbereich erfahren zu können.

Kontakte im *Lebenshaus*

Nach wie vor habe ich fast täglichen Kontakt mit den Mitbewohnern, ebenso mit vielen Menschen, die nicht im Haus wohnen, aber wegen einer Unterstützung das Gespräch suchen. Die Folgen des Krieges in Afghanistan sind dadurch ganz nah und die Schicksale, besonders auch von Frauen, machen sehr traurig. Manche der hier lebenden afghanischen Männer finden kaum mehr Worte für die Beschreibung der Situation ihrer zurückgebliebenen Familien. Es geht z.B. auch um Fragen, wie die neue Ehefrau oder Freundin aus Afghanistan oder Iran die Voraussetzungen für eine mögliche Einreise nach Deutschland erfüllen könnte. Oder auch, was ist zu tun, wenn die Ehefrau im Iran einen schweren Autounfall erleidet und ganz alleine, ohne die dort übliche und notwendige Fürsorge durch Angehörige, auf sich gestellt ist? Eine eilige Flugreise muss finanziert werden.... Eine Familie wartet schon seit mehr als fünf Jahren auf ihren beantragten Nachzug zum hier lebenden Ehemann und Vater. Es geht um selbstorganisierbare Sprachunterstützung, neben der Vollzeitarbeit. Natürlich steht immer wieder die Suche und Bewerbungen für Arbeits- oder Ausbildungsplätze an. Der Papierberg der Behörden will verstanden und muss bearbeitet werden...

Bei einer Person ergab sich für mich durch das Angebot eines potentiellen Spenders, der helfen wollte, ein Blick in eine tiefe Überschuldung und anschließender Beratungsbedarf bei der Schuldnerberatung. Hier hieß es dann, weniger ist mehr, statt einer Spende besser eine realistische Einschätzung der Lage zu erstellen. Es entstand zwar Enttäuschung auf allen Seiten, aber letztendlich würde hier die schnelle Lösung mittels Geld mit großer Wahrscheinlichkeit keine wirkliche, nachhaltige Verhaltensänderung bewirken. Die dahinter liegenden Probleme wurden dem Betroffenen bisher selbst nur teilweise bewusst. Wie es da weitergeht, sehe ich mit Sorge.

Während der schwierigen Corona-Einschränkungen haben wir keine Möglichkeit gefunden, neben den Einzelgesprächen auch Feiern und Beisammensein in der Gruppe zu ermöglichen. Das fehlt uns, und wir hoffen sehr, dass eine Normalisierung auch wieder mehr Ungezwungenheit ermöglicht.

Ausblick

Indem wir den Blick auch auf die Zukunft richten, werden verschiedene Notwendigkeiten deutlich, die Reflektion von eingespielten Gewohnheiten und möglicherweise Veränderungen bedeuten. Überlastungen müssen erkannt und abgebaut werden. Das betrifft z.B. die Büroarbeiten, die wir weiter vereinfachen wollen. Doch alles benötigt Zeit und muss gut durchdacht werden. Bei diesem Umbau sind wir auf die wohlwollende Begleitung unserer Unterstützenden angewiesen. Gerne werden wir im Austausch mit Euch und Ihnen Wege finden, um positiv weiterzugehen.

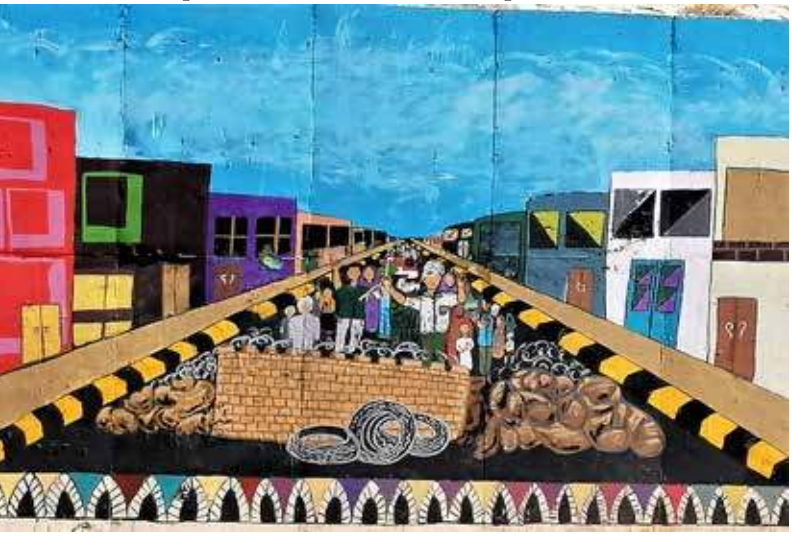
Sudan: Keine weiche Landung – und kein Zurück

Von Julia Kramer

Mit der Dezember-Revolution 2018/2019 stürzte eine zivile gewaltfreie Bewegung den jahrzehntelangen Militärdiktator Omar Al-Bashir. Die zivilen Verhandlungsführer*innen mit dem Militär ließen sich auf eine Strategie der „weichen Landung“ ein: Anstatt das Militär, das die Bürokratie und zentrale Wirtschaftszweige stark durchsetzt hatte, wie in Ägypten komplett aus der Regierungsmacht zu bringen, hoffte man durch eine Übergangslösung mit Militärbeteiligung eine Konterrevolution und weiteres Blutvergießen zu vermeiden und nachhaltige Stabilität für einen gerechten Frieden in Freiheit zu erlangen. Doch bereits damals warnten Aktivist*innen aus den marginalisierten Regionen wie Darfur: Der Verhandlungsführer des Militärs, General Burhan, war kein unbeschriebenes Blatt im Darfur-Konflikt gewesen, und „Hemeti“ (Mohamed Hamdan Daglo) – späterer Vize-Vorsitzender des Souveränitätsrats aus Zivilist*innen und Militärs – war nicht nur ein vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchter Kriegsverbrecher als Anführer der sogenannten „Janjaweed“-Miliz, sondern führte später auch die „Rapid Support Forces“. Diese Sondereinheit wurde von Bashir u.a.

für den Grenzschutz eingesetzt, in dessen Kontext die EU im Rahmen des Khartoum-Abkommens mit dem sudanesischen Regime zusammenarbeitete. Hemeti, der u.a. Kontrolle über Goldminen in Darfur besitzt, sandte junge Söldner nicht nur nach Libyen und in den Krieg in Yemen, sondern seine Soldaten waren auch an Massakern gegen die zivile revolutionäre Bewegung im Sudan beteiligt.

Von Juni 2019 bis Oktober 2021 schien die weiche Landung einigermaßen zu funktionieren: Zivile Minister*innen konnten Reformen voranbringen und die Zivilgesellschaft weitere Veränderungsprozesse anstoßen und selbst von unten organisieren. Die revolutionären Nachbarschaftskommittees organisierten Bildungsveranstaltungen und Müll-Sammel-Aktionen, und halfen in solidarischen Aktionen (sudanesisch: „Nafir") von Klimawandel und Armut Betroffenen. Die Rebellengruppen in Darfur, den Nuba-Bergen und vom Blauen Nil führten Friedensgespräche mit dem Militär in Juba, und lange umkämpfte Gebiete wurden wieder passierbar.



*Revolutions-Grafitti in Khartoum (Künstler*innen unbekannt).*

Am 25.10.21 dann aber: Ein erneuter Putsch des Militärs. Der zivile Präsident Hamdok wurde unter Hausarrest gestellt. Er war bereits vorher schwach gewesen, nun wurde er endgültig zur Marionette. Um dem Militär keinen demokratischen Anstrich mehr zu geben, trat er am 2.1.2022 zurück. Seitdem wurden nicht nur zahlreiche zivile Regierungsmitarbeitende sowie Aktivist*innen und Journalist*innen verhaftet, sondern auch nach Angaben des Zentralkomitees sudanesischer Ärzt*innen seit dem Putsch 81 Zivilist*innen getötet, darunter eine Frau und neun Kinder (Stand 14.2.22). Ein Bericht von Human Rights Watch vom 3.2.22 beschreibt die gewaltsame Repression der wieder aufgeflammten zivilen Proteste.[1]

Beobachter*innen vor Ort vermuten, dass der Putsch auch in Zusammenhang stand mit einem Treffen mit ägyptischen Vertretern kurz vorher. Am Vortag des größten Massakers seit dem Putsch, am 17. Januar 22, hatte es ein Treffen zwischen ranghohen Militärs und russischen Akteuren gegeben. Das Militär hat offensichtlich nicht nur diplomatische Verbindungen nach Russland und Israel geknüpft – das Tränengas, das in den Straßen der sudanesischen Städte verschossen wird (und kürzlich einem Bekannten von mir beim Versuch, den Kanister zurück in Richtung der Soldaten zu werfen, die Hand kostete), stammt jedenfalls aus Russland und Israel. Die Taktik des Militärs, durch punktuelle Massaker die gewaltfreie Bewegung zu zermürben, hat derweil bislang nicht funktioniert. Zwar haben verschiedene Gruppen und politische Parteien seitdem verschiedene Charta's für ein Weiterführen der Revolution verabschiedet, was als eine mangelnde Koordination und Einheit der Bewegung gewertet werden kann. Aber die meisten sind sich einig, dass es kein Zurück gibt und keine weiche Landung mehr. Der neue Slogan der Revolution lautet: „Keine Kompromisse – keine Verhandlungen – keine Zusammenarbeit" [mit den Putschisten]. Die revolutionären Nachbarschaftskomitees haben sich wieder den regelmäßigen Protesten zugewandt. Inzwischen demonstrieren sie allerdings nicht mehr täglich, sondern jeden Montag, um die Massen und vor allem die mehrfach Marginalisierten und Diskriminierten (wie z.B. Teeverkäuferinnen etc.) nicht um ihr Einkommen zu bringen und auszupowern. Sie organisieren gleichzeitig Unterstützungsaktionen und bauen in den Stadtteilen Bühnen auf, von denen aus Informationen geteilt werden und Bewusstseinsbildung stattfindet. Neu ist, dass dabei inzwischen auch in Khartoum, das generell von sogenannten arabischen Ethnien dominiert wird, Informationen über die Situation bzgl. Protesten und Menschenrechten in den marginalisierten Gebieten wie Darfur geteilt werden, und sich eine tiefere solidarische Haltung zu entwickeln scheint. Initiativen wie die „Bana Group for Peace and Development" bilden hierbei Plattformen, um die Perspektive der Multimarginalisierten auch in die Hauptstadt zu tragen.[2]

Anders als z.B. in Myanmar, fokussiert sich der zivile Widerstand weiterhin auf den vorwiegend gewaltfreien Straßenprotest. Die Rebellengruppen unterdessen, die mit dem Militär in Juba ein Abkommen unterzeichnet haben – darunter die Rebellenführer Minni Arcua Minnawi von der Sudanese Liberation Army (SLA) und Gibril Ibrahim Mohammed vom Justice and Equality Movement (JEM) - argumentieren, dass der 25.10.21 kein Putsch war, sondern eine Kurskorrektur. Sie wollen ihre Chance, bis zu den Wahlen an der Macht beteiligt zu sein, weiter ausschöpfen. Doch an der Basis in Darfur gibt es immer wieder Zusammenstöße zwischen Rebellen und der Janjaweed-Miliz von Hemeti.

Auch der UN-Sonderbeauftragte für Sudan und Leiter der neuen UN-Mission UNITAMS (United Nations Integrated Transition Assistance Mission in Sudan), Volker Perthes aus Deutschland, verurteilte den Putsch in seiner Vermittlungsinitiative nicht klar genug – so die Ansicht der Sudanese Professionals Association (SPA, eine Art Gewerkschafts-Dachverband), die in der Dezember-Revolution eine führende Rolle spielte. Sie konstatierte am 6.2.22: „Volker's Initiative stellt die Junta, die täglich den Massen gegenüber Massaker und Gräueltaten verübt, auf dieselbe Ebene wie diese, die zäh weiter auf die Straße gehen in den meisten Teilen des Landes, für eine zivile Regierung und ein genügend gutes Leben Aller im Sudan, auf der Grundlage von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit."[3] Die Beratung von UNITAMS und Perthes wird von der SPA und weiten Teilen der sudanesischen gewaltfreien Bewegung in der Hinsicht als ein Ret-

tungsangebot für die Putschisten angesehen, und gäbe ihnen eine falsche Legitimation.

Trotz aller Hürden und Rückschläge, bleibt die sudanesische Revolution weiterhin eine Inspiration und ein Lehrstück für tiefe gesellschaftliche Transformationsprozesse von unten, hin zu Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit. „Wir haben Zeit“, sagt eine sudanesische Aktivistin, als ich sie nach der aktuellen Einschätzung und Strategie der Bewegung frage, und wiederholt: „Ein Zurück ist unmöglich.“



Julia Kramer war von 2008-2010 als Friedensfachkraft im Sudan, bei SONAD (Sudanese Organisation for Nonviolence and Development). 2011-2012 hat sie Solidaritätsarbeit zum Sudan und mit Geflüchteten gemacht, u.a. mit Lebenshaus Schwäbische Alb. Sie ist Mitglied bei Lebenshaus Schwäbische Alb und als Referentin für internationale Friedensfragen angestellt.

Anmerkungen:

(1) Human Rights Watch, 3.2.22: https://ogy.de/2rvw

(2) Eine englisch- und arabischsprachige partizipative Studie von Bana mit der KURVE Wustrow von 2021 untersucht die Bedarfe, Forderungen und Beteiligungsmöglichkeiten von multimarginalisierten Frauen im Sudan: https://www.kurvewustrow.org/sudan

(3) Ein von der Autorin übersetztes Zitat eines Artikels auf der Facebook-Seite der „Sudanese Translators for Change“ vom 3.2.2022.

Trauer um Jochen Stay

Von Michael Schmid



Am 15. Januar ist Jochen Stay im Alter von 56 Jahren plötzlich und viel zu früh verstorben. Das hat uns schwer betroffen und traurig gemacht. Jochen war über Jahrzehnte ein glaubwürdiger und engagierter Mitstreiter für eine friedliche Welt ohne Waffen und ohne Atomkraft. Insbesondere hat er in den vergangenen Jahrzehnten die Anti-Atom-Bewegung entscheidend geprägt.

Flüchtig kennengelernt habe ich Jochen Ende der 1980er Jahre, als ich bei der *Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen* als Geschäftsführer und Friedensarbeiter beschäftigt war. Jochen, geboren und aufgewachsen in Mannheim, war über die evangelische Jugend seiner Kirchengemeinde politisiert worden. Mit 16 Jahren hat er an der großen Demo der Friedensbewegung 1981 in Bonn teilgenommen. Ab 1986 war er zwei Jahre lang in Mutlangen in der „Pressehütte“ aktiv und hat sich an Aktionen des Zivilen Ungehorsams beteiligt. Später bezeichnete er dies als seine „Ausbildung“ im gewaltfreien Widerstand gegen die Pershing II Raketen. In dieser Zeit nahm er auch an Aktionen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf teil. Auf diese Weise kam er neben seinen Aktivitäten in der Friedensbewegung in den 1980er-Jahren auch in Kontakt zur Anti-Atom-Bewegung.

Zwar war der Abzug der Pershing II ein Erfolg und ebenso, dass Wackersdorf nicht gebaut wurde, aber der hochgefährliche Atommüll wurde weiter produziert und nun zur Aufarbeitung ins Ausland verschickt. Doch das nächste Problem stand an: Gorleben sollte nun zum Endlager für Atommüll werden. 1992 zog Jochen ins Wendland und organisierte dort im Rahmen der Kampagne X-tausendmal quer zusammen mit anderen die großen gewaltfreien Sitzblockaden gegen die Castor-Transporte. Sein Mutlangen-“knowhow“ nahm er mit in diesen Widerstand. Tagelang beobachteten sie Transporte und sammelten Informationen, so wie Jochen zuvor die Bewegungen von Pershing-Raketen zu ihren Alarmstellungen rund um Mutlangen beobachtet hatte. Tausende von Menschen beteiligten sich an den öffentlich angekündigten, gewaltfreien Sitzblockaden gegen die Transporte der Castor-Behälter nach Gorleben. Mit seinen gewaltfreien Konzepten gelang es ihm, viele Menschen für den Widerstand zu motivieren und zu begeistern und in die Aktionen einzubeziehen. Alle, die ihn kannten, schätzten seine Kraft zu integrieren, seine Besonnenheit, seine mitreißende Klarheit und sein großes Wissen.

Als *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* organisierten wir 2006 erstmals eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Jochen Stay in Riedlingen. Damals war das Donautal

im Bereich zwischen Sigmaringen, Riedlingen und Ulm als möglicher Standort für ein Endlager für Atommüll genannt worden. Das hat für einige Aufregung in unserer Region gesorgt. „Strahlender Müll nach Gorleben oder ins Donautal?“ lautete der provozierende Titel für die Veranstaltung. Rund 55 Besucherinnen und Besucher nahmen teil und zeugten von großem Interesse an diesem hochbrisanten Thema. Jochen informierte mit einem eindrucksvollen Vortrag über Atomstrom, Atommüll und auch den jahrzehntelangen Widerstand dagegen.

Weil Jochen anschließend bei uns im *Lebenshaus* übernachtete, hatten wir auch noch Zeit, uns über verschiedene Fragen austauschen. Unter anderem machte er deutlich, dass er darüber nachdenke, in welcher Form er sich zukünftig engagieren wolle. Seine diesbezüglichen Überlegungen mündeten dann im Jahr 2008 in die Gründung der bundesweiten Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt* mit Büro in Hamburg, deren Sprecher Jochen bis zu seinem Tod war.



Im April 2010 organisierte Jochen als Zeichen des Protestes gegen die von der Bundesregierung für Atomkraftwerke beschlossene Laufzeitverlängerung eine 120 Kilometer lange Menschenkette entlang der Elbe zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel. Trotz Protesten konnte zunächst der Beschluss gegen die verlängerten Laufzeiten nicht verhindert werden.

Doch dann ereignete sich im März 2011 die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Nun wurde *.ausgestrahlt* zur Koordinationsstelle der bundesweiten Antiatombewegung. An hunderten von Orten fanden Mahnwachen und andere Aktionen statt. Auch als *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* beteiligten wir uns u.a. mit wöchentlichen Mahnwachen daran und waren froh über diese wichtige Rolle, die *.ausgestrahlt* und Jochen dabei übernahmen. Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser starken Proteste hat die Bundesregierung 2011 die endgültige Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland beschlossen.

Es war Jochens großes Verdienst, dass er vielen anti-atom-bewegten Menschen Möglichkeiten aufgezeigt hat, wie sie ihren Protest ausdrücken können und sie zu Aktionen angeregt. Auf diese Weise hat er entscheidend zum Atomausstieg beigetragen.

Bei unserer „We shall overcome!“-Tagung im Herbst 2015 war Jochen als Referent dabei. Mit dem Titel „Mut zum Erfolg – Die Macht der scheinbar Ohnmächtigen“ gab er einen sehr persönlichen, selbstkritischen und reflektierten Einblick in seinen Lebensweg. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrungen brachte er auch seine feste Überzeugung zum Ausdruck, Erfolg in der politischen Arbeit sei organisierbar und möglich. „*Wenn sich die Kleinen und scheinbar Ohnmächtigen zusammenschließen, haben es die Großen und scheinbar Mächtigen ungeheuer schwer, ihren Willen durchzusetzen*“, zeigte er sich überzeugt.

Da Jochen bereits eine so weite Reise zu uns in den Süden auf sich genommen hatte, war es ihm wichtig, neben dem ungewöhnlichen Einblick in seine Biografie bei unserer Tagung, auch noch zu seinen gewohnten Themen zu reden. Dazu bekam er dann in einer weiteren von uns zwei Tage nach der Tagung organisierten Veranstaltung Gelegenheit, die wiederum in Riedlingen stattfand. „Atommüll ohne Ende. Wie geht die Gesellschaft mit den strahlenden Abfällen aus Atomkraftwerken um?“, lautete der Titel, in der er vor allem auf das Jahrtausendproblem des Atommülls einging. Weltweit seien Atomreaktoren gebaut worden und würde Atomstrom produziert, ohne dass die Entsorgung des Atommülls gesichert sei. „Das ist, wie wenn Sie ein Flugzeug starten lassen und keine Landebahn haben“, verglich Jochen die Situation. Atommüll müsse für etwa eine Million Jahre sicher gelagert werden; einen hundertprozentig sicheren Ort dafür gebe es nicht. Wo auch immer der Strahlenmüll am Ende lande: Ein Risiko werde bleiben. Bei der Suche nach einem dauerhaften Lager gehe es deshalb darum, den am wenigsten schlechten Standort zu finden. Dies könne nur gelingen, wenn es vor Beginn der Suche einen gesellschaftlichen Konsens darüber gebe, wie dieser Standort gefunden werden solle.

Die sichere Endlagerung des Atommülls ist weiter ungelöst. Jochen rief 2020 zusammen mit *.ausgestrahlt* eine Treuhandstiftung „Atomerbe“ ins Leben, „um den kommenden Generationen mehr zu vermachen, als ewig strahlenden Atommüll“. Er setzte sich bis zum Schluss gegen die unverantwortlichen Entscheidungen ein, welche die EU-Kommission trifft: Die Einstufung von Atomkraft und Erdgas als nachhaltig. Das ist und bleibt falsch!

Bis Ende dieses Jahres sollen die drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland endgültig abgeschaltet werden. Schade, dass Jochen das nicht mehr erleben darf. Er hatte bereits Pläne, dieses Ereignis zu feiern.

Jochen war für mich persönlich stets so etwas wie ein mahnendes Gewissen, nicht nachzulassen im Kampf gegen die Atomkraft. Er hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, uns nicht auf dem Erreichten auszuruhen und einen langen Atem zu haben. Auch für zunächst utopisch erscheinende Ziele lohnt es, sich einzusetzen.

Als *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* haben wir uns während unserer gesamten Vereinsgesichte an Aktionen gegen die Atomkraft beteiligt und werden dies sicherlich auch weiterhin tun. Auch wenn Jochen Stay uns dabei in Zukunft sehr fehlen wird.

Danke, Jochen!

Das Archiv in der Lebenshaus-Website enthält weit über 100 Artikel von und über Jochen Stay. Mehr unter: https://ogy.de/yy5b



Diplomatie statt Kriegsvorbereitung!

Die Friedensorganisationen IPPNW und IALANA haben Mitte Februar 2022 gemeinsam mit 50 prominenten Erstunterzeichner*innen den Appell „Diplomatie statt Kriegsvorbereitung“ veröffentlicht. Darin fordern sie die Bundesregierung auf, in dem gefährlichen Konflikt zwischen der NATO und Russland aktiv dazu beizutragen, die Eskalation zu stoppen und eine friedliche Lösung zu suchen. Alle bestehenden wechselseitigen völkerrechtlichen Verpflichtungen sollten genutzt werden, um gegenseitige Sicherheit zu erreichen. Sie könne nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden. Zu den Unterzeichner*innen zählen u.a. Peter Brandt, Historiker und Publizist, die Schriftsteller*innen Daniela Dahn und Johano Strasser, Tommy Spree, Leiter des Anti-Kriegs-Museums Berlin, Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums sowie die Bundestagsvizepräsidentin a.D. Antje Vollmer. Der Appell kann weiter unterzeichnet werden.

Appell: Diplomatie statt Kriegsvorbereitung!

Den aufgeheizten Konflikt um die Ukraine friedlich lösen!

In dem aktuell gefährlichen Konflikt zwischen der NATO und Russland fordern wir die Bundesregierung auf, aktiv dazu beizutragen, die Eskalation zu stoppen und eine friedliche Lösung zu suchen. Dabei sollen alle bestehenden wechselseitigen völkerrechtlichen Verpflichtungen genutzt werden, um gegenseitige Sicherheit zu erreichen. Dauerhafte Sicherheit kann nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden.

Obwohl die Truppenkonzentration bedrohlich wirkt, will Russland erklärtermaßen keinen Krieg, sondern einen Vertrag, der seine Sicherheit gewährleistet und hat dazu zwei detaillierte Entwürfe vorgelegt, die in der Öffentlichkeit allerdings weitgehend unbekannt sind. Einige der Vorschläge enthalten weitgehende Maximalforderungen und Verhandlungsmasse für ein neues europäisches Sicherheitskonzept. Andere Vorschläge in den Vertragsentwürfen für gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO sowie zwischen Russland und den USA sind einigungsfähig, z.B. zur Einrichtung von Telefon-Hotlines, für eine wechselseitige Unterrichtung über militärische Übungen und Manöver und die jeweiligen Militärdoktrinen (Art. 2, Vertragsentwurf NATO-Russland) oder der Vorschlag eines Verbotes einer Stationierung von landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in Gebieten, die es ermöglichen, das Gebiet der anderen Vertragsparteien zu erreichen (Art. 5). Weitere zielen auf die Beendigung der nuklearen Teilhabe und den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa (Art. 7 des Vertrags mit den USA). Im Artikel 1 heißt es: „*Die Vertragsparteien lassen sich in ihren Beziehungen von den Grundsätzen der Zusammenarbeit, der gleichen und unteilbaren Sicherheit leiten. Sie werden ihre Sicherheit (….) nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen Vertragsparteien stärken.*“

Die Bundesregierung hat eine besondere rechtliche Verpflichtung gegenüber Russland: Am 9. November 1990 haben Kohl und Gorbatschow einen „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ geschlossen, der unverändert noch gilt. Art. 7 lautet: „*Falls eine Situation entsteht, die nach Meinung einer Seite eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellt oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen kann, so werden beide Seiten unverzüglich miteinander Verbindung aufnehmen und bemüht sein, ihre Positionen abzustimmen und Einverständnis über Maßnahmen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage zu verbessern oder zu bewältigen.*“ Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Gespräche im Sinne dieser Verpflichtungen zu intensivieren.

Wichtige einzuhaltende völkerrechtliche Verpflichtungen für die Lösung des aktuellen Konflikts ergeben sich insbesondere aus den Grundsätzen der UN-Charta zur friedlichen Streitbeilegung (Art. 2 Ziff. 3) und zum Gewaltverbot (Art. 2 Ziff. 4). Sie folgen auch aus der NATO-Russland-Grundakte vom 27. Mai 1997. Demnach unterliegt die dauerhafte Stationierung von substanziellen Kampftruppen in den neuen Nato-Ländern in der Mitte und im Osten Europas völkervertraglichen



Beschränkungen. Die jetzt praktizierte lückenlose Rotation von NATO-Truppen an der NATO-Ostgrenze unterläuft Verpflichtungen des Abkommens. Forderungen der neuen NATO-Länder, die NATO solle sich darüber hinwegsetzen, muss widersprochen werden. Zu Recht erinnert Russland an die Formulierung im Schlussbericht des OSZE-Gipfels von 1999 in Istanbul, wonach jeder Teilnehmerstaat bei Änderungen seiner Sicherheitsstrukturen die Rechte aller anderen Staaten achten und seine Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen wird. Diese Zusage haben die NATO-Staaten beim OSZE-Gipfel im Dezember 2010 in Astana bekräftigt.

Wir appellieren an die Bundesregierung, die anstehenden Verhandlungen mit Respekt und unter Anerkennung der gegenseitigen Sicherheitsinteressen und unter Beachtung der bestehenden Sicherheitssysteme zu führen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Russland seit 1990 zunehmend seine Sicherheit an der Westgrenze durch die NATO bedroht sieht. Der Verzicht auf die Osterweiterung der NATO ist zwar nicht völkerrechtlich bindend vereinbart worden, war aber wiederholt Gegenstand von Gesprächen und Verhandlungen mit Vertretern der russischen Regierung.

Wir fordern die Bundesregierung auf, im folgenden Rahmen zu verhandeln:

- verschärfte Bemühungen, das Waffenstillstandsabkommen Minsk II durchzusetzen und die Parteien davon abzuhalten, die territorialen Streitigkeiten hinsichtlich der Krim und des Donbass militärisch zu beenden.
- Aktivierung aller noch bestehenden Gesprächskanäle zwischen Russland und NATO, um eine friedliche Lösung zu finden, die sowohl westliche als auch russische Sicherheitsbedenken anerkennt.
- Stopp aller Maßnahmen, die gegenwärtig eine militärische Auseinandersetzung befördern. Dazu gehören der Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine, die Beendigung aller Truppenkonzentrationen beidseits der ukrainischen Ostgrenze, die Einrichtung eines Sicherheitsbereichs beiderseits der ukrainischen Ostgrenze, in dem alle Truppenbewegungen ab Divisionsstärke (= 5.000) der Gegenseite vorab gemeldet werden sowie die Unterlassung von Manövern in diesem Sicherheitsbereich.
- rote Telefone insbesondere im Atomwaffenbereich; keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa sowie ein beidseitiger Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen.
- Verhandlungen im Rahmen der OSZE über den russischen Vertragsentwurf mit dem Ziel einer europäischen Sicherheitsstruktur und einer Neubestimmung des Verhältnisses Russland-NATO im Geist der früheren Abkommen über gegenseitige Sicherheit.
- Förderung aller Formen des kulturellen Austauschs und persönlicher Kontakte zwischen den Völkern von Russland und Deutschland, die in ihrer großen Mehrheit jeden Krieg in Europa ablehnen, sondern friedlich miteinander leben wollen.

Der Appell kann unter diesem Link unterzeichnet werden: https://ogy.de/78m7

Das *Netzwerk Friedenskooperative* bietet eine Übersicht der Aktivitäten und Veröffentlichungen der Friedensbewegung zur Ukraine-Krise und den aktuellen Spannungen zwischen NATO und Russland an. Wie Du aktiv werden kannst und wo du alle Infos findest, das kannst Du hier erfahren: https://ogy.de/tsox

Mut

Was keiner wagt, das sollt ihr wagen,
was keiner sagt, das sagt heraus,
was keiner denkt, das wagt zu denken,
was keiner anfängt, das führt aus!

Wenn keiner ja sagt, sollt ihr‘s sagen,
wenn keiner nein sagt, sagt doch nein,
wenn alle zweifeln, wagt zu glauben,
wenn alle mittun, steht allein!

Wo alle loben, habt Bedenken,
wo alle spotten, spottet nicht,
wo alle geizen, wagt zu schenken.
wo alles dunkel ist, macht Licht!

Lothar Zenetti, Texte der Zuversicht

Das „stahlharte Gehäuse" des Kapitals

Von Leonardo Boff

Im Rahmen der Quantenperspektive der neuen Kosmologie kann das Unerwartete eintreten: Das derzeitige Leiden aufgrund der Systemkrise wird nicht umsonst sein; es sammelt gutartige Energien an, die einen Sprung zu einer anderen, höheren Ordnung machen werden.

Wir befinden uns immer noch im Jahr 2021, einem Jahr, das nicht zu Ende ging, weil Covid-19 die Zählung der Zeit aufgehoben hat, indem es sein tödliches Werk fortsetzte. Das Jahr 2022 konnte vorerst nicht eingeläutet werden. Tatsache ist, dass das Virus alle Mächte, vor allem die militaristischen, in die Knie gezwungen hat, da ihr Arsenal des Todes völlig wirkungslos geworden ist.



Die Genialität des Kapitalismus in Bezug auf die Pandemie hat die transnationalisierte Kapitalistenklasse jedoch dazu veranlasst, sich durch den Großen Reset neu zu strukturieren und die neue digitale Wirtschaft durch die Integration der Giganten zu erweitern: Microsoft, Facebook, Apple, Amazon, Google, Zoom und andere mit dem militärisch-industriellen Sicherheitskomplex. Ein solches Ereignis stellt die Entstehung einer immensen Macht dar, wie es sie noch nie gegeben hat. Es handelt sich dabei um eine kapitalistische Wirtschaftsmacht, die ihr wesentliches Ziel verwirklicht, die unbegrenzte Gewinnmaximierung unter rücksichtsloser Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Akkumulation ist kein Mittel für ein gutes Leben, sondern ein Selbstzweck, d.h. Akkumulation um der Akkumulation willen, was irrational ist.

Die Konsequenz dieser Radikalisierung des Kapitalismus bestätigt, was ein Soziologe der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, William I. Robinson, in einem kürzlich erschienenen Artikel gut beobachtet hat: „*Nach der Pandemie wird es mehr Ungleichheit, Konflikte, Militarismus und Autoritarismus geben, da die sozialen Umwälzungen und Bürgerkriege eskalieren. Die herrschenden Gruppen werden den globalen Polizeistaat ausweiten, um die Unzufriedenheit der Massen von unten einzudämmen.*" Tatsächlich wird die künstliche Intelligenz mit ihren Abermilliarden von Algorithmen eingesetzt werden, um jeden einzelnen Menschen und die gesamte Gesellschaft zu kontrollieren. Wohin wird diese brutale Macht die Menschheit führen?

Im Wissen um die unerbittliche Logik des kapitalistischen Systems behauptete Max Weber, einer derjenigen, die es am besten kritisch analysiert haben, kurz vor seinem Tod: „*Was uns erwartet, ist nicht die Blüte des Herbstes, sondern eine polare, eisige, dunkle und mühsame Nacht*". Er prägte einen starken Ausdruck, der den Kern des Kapitalismus trifft: Er ist ein „stahlhartes Gehäuse", das nicht aufgebrochen werden kann und uns daher in eine große Katastrophe führen kann. Diese Meinung wird von großen Namen wie Thomas Mann, Oswald Spengler, Ferdinand Tönnies, Eric Hobsbawm und anderen geteilt.

Es werden verschiedene Weltgesellschaftsmodelle für die Zeit nach der Pandemie diskutiert. Die wichtigsten sind, neben dem *Großen Reset* der Milliardäre, der grüne Kapitalismus, der Ökosozialismus, das andine buen vivir und convivir, die Biozivilisation verschiedener Gruppen und Papst Franziskus, um nur einige zu nennen. Es ist hier nicht meine Aufgabe, diese Projekte im Einzelnen zu beschreiben, was ich in dem Buch „Covid-19: A Mãe Terra contra-ataca a Humanidade" (Vozes 2020) getan habe. Ich möchte nur sagen: Entweder wir ändern das Paradigma der Produktion, des Konsums, des Zusammenlebens und vor allem der Beziehung zur Natur mit Respekt und Fürsorge, indem wir uns als Teil von ihr fühlen und nicht als Besitzer und Herren über sie, oder Max Webers Prognose wird sich bewahrheiten: Wir könnten von 2030 bis höchstens 2050 ein ökologisch-soziales Armageddon erleben, das dem Leben und der Erde extrem schadet.

In diesem Sinne sagt mir mein Gefühl für die Welt, dass derjenige, der die Ordnung des Kapitals mit seiner Wirtschaft, Politik und Kultur zerstören wird, nicht irgendeine Mühle oder Schule des kritischen Denkens sein wird. Es wäre die Erde selbst, ein begrenzter Planet, der ein Projekt des unbegrenzten Wachstums nicht mehr tragen kann. Der sichtbare Klimawandel, der auf den letzten Klimakonferenzen der Vereinten Nationen Gegenstand von Diskussionen und Entscheidungen (praktisch keine) war, die zunehmende Erschöpfung der natürlichen Güter und Dienstleistungen, die für das Leben grundlegend sind, und die drohende Überschreitung der neun wichtigsten Grenzen der Entwicklung, die nicht um den Preis des Zusammenbruchs der Zivilisation überschritten werden können, sind einige Indikatoren für eine bevorstehende Tragödie.

Viele Klimaexperten sagen, dass wir zu spät dran sind. Mit den bereits angesammelten Treibhausgasen werden wir nicht in der Lage sein, die Katastrophe einzudämmen, sondern nur mit Hilfe von Wissenschaft und Technologie ihre katastrophalen Auswirkungen zu mildern. Aber die große unumkehrbare Krise wird kommen. Deshalb sind sie zu Skeptikern und sogar Techno-Fatalisten geworden.



Sind wir resignierte Pessimisten oder, im Sinne Nietzsches, Anhänger der „heroischen Resignation"? Ich denke, wie ein Vorsokratiker sagte: *Wir sollten das Unerwartete erwarten, denn wenn wir es nicht erwarten, werden wir es, wenn es kommt, nicht wahrnehmen.* Das Unerwartete kann in der Quantenperspektive der neuen Kosmologie eintreten: Das derzeitige Leiden aufgrund der Systemkrise wird nicht umsonst sein; es sammelt gutartige Energien an, die bei Erreichen eines bestimmten Niveaus der Komplexität und Akkumulation einen Sprung zu einer anderen, höheren Ordnung mit einem neuen Horizont der Hoffnung für das Leben und für den lebenden Planeten Gaia, Mutter Erde, machen werden. Paulo Freire hat den Ausdruck „hoffen" geprägt: nicht darauf zu hoffen, dass sich die Situation eines Tages verbessert, sondern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Hoffnung nicht leer ist, sondern dass sie durch unsere Anstrengungen wirksam wird.

Ich glaube, dass dieser Sprung mit unserer Beteiligung, insbesondere der Opfer der Ausbeutung durch den Kapitalismus, möglich ist und im Rahmen der Möglichkeiten der Geschichte des Universums und der Erde liegt: Vom derzeitigen zerstörerischen Chaos können wir zu einem generativen Chaos einer neuen Art des Seins und des Bewohnens des Planeten Erde übergehen.

Das ist es, woran ich glaube und worauf ich hoffe, bestärkt durch das Wort der Offenbarung, in dem es heißt: „Gott hat alles aus Liebe geschaffen, denn er ist der leidenschaftliche Liebhaber des Lebens" (Weisheit 11,26). Wir werden weiterhin unter dem wohlwollenden Licht der Sonne leben.

Quelle: Traductina , 16.01.2022.

Oxfam-Bericht zur sozialen Ungleichheit: Die Reichsten verdoppeln ihr Vermögen – während über 160 Millionen zusätzlich in Armut leben

Die einen verdienen, die anderen sterben: Wie die Covid-19-Pandemie Ungleichheit befeuert

Während der Covid-19-Pandemie konnten die zehn reichsten Milliardäre ihr Gesamtvermögen verdoppeln, auf insgesamt 1,5 Billionen US-Dollar. Gleichzeitig leben über 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut. Ungleichheit ist zudem eine Frage von Leben und Tod: Jedes Jahr sterben Millionen Menschen, etwa weil sie keine adäquate medizinische Versorgung bekommen. Das zeigt der Bericht „Inequality kills", den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam anlässlich der virtuellen „Davos Agenda" des Weltwirtschaftsforums veröffentlicht. Oxfam fordert von den Regierungen weltweit, Konzerne und Superreiche zur Finanzierung sozialer Grunddienste stärker zu besteuern, für globale Impfgerechtigkeit zu sorgen und die Wirtschaft am Gemeinwohl auszurichten.



Als Ursache für die wachsende soziale Ungleichheit benennt der Bericht die Profitlogik unserer Wirtschaft: Gewinne für Konzerne und ihre Eigentümer*innen zählen systematisch mehr als der Schutz der Menschenrechte und des Planeten. Politische Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte haben diese Tendenz verschärft. Die Folge davon ist strukturelle wirtschaftliche Gewalt, mit zum Teil tödlichen Konsequenzen:

- Das kumulierte Vermögen aller Milliardär*innen ist seit Beginn der Pandemie nach Berechnungen von Forbes um beispiellose fünf Billionen US-Dollar gestiegen. Das ist ein größerer Zuwachs als in den 14 Jahren vor der Pandemie zusammen. Gleichzeitig lebte bereits 2019 fast die Hälfte der Menschheit – 3,2 Milliarden Menschen – unterhalb der von der Weltbank definierten Armutsgrenze von 5,50 Dollar pro Tag. Heute sind es 163 Millionen Menschen mehr als vor der Pandemie angenommen.
- Mindestens 13 Millionen Frauen haben im Zuge der Pandemie Arbeit und Einkommen verloren, allein im Jahr 2020 belaufen sich ihre Verluste auf mindestens 800 Milliarden US-

Dollar. Über 20 Millionen Mädchen zusätzlich werden nie wieder eine Schule besuchen. Jeden Tag sterben mindestens 15.000 Menschen, weil ihnen eine adäquate medizinische Versorgung verwehrt ist. Für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, ist das Risiko an Covid-19 zu sterben, bis zu drei Mal größer als für weiße Menschen. Und Menschen mit geringem Einkommen haben eine geringere Lebenserwartung als wohlhabende Menschen.

- Mittlerweile sind über drei Milliarden Menschen zweifach gegen Covid-19 geimpft, doch nur rund neun Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen haben mindestens eine Impfdosis erhalten. Millionen Menschen, die hätten gerettet werden können, sind wegen der ungerechten Impfstoffverteilung an der Pandemie und ihren Folgen gestorben. Die Impfstoffe müssen als öffentliches Gut behandelt werden, auch weil Regierungen ihre Entwicklung mit viel Steuergeld gefördert haben. Mindestens 120 Unternehmen weltweit könnten in die Produktion einsteigen und ausreichend Impfstoffe zu erschwinglichen Preisen herstellen, würde die Technologie global geteilt. Doch das verhindert der internationale Patentschutz.

Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland, kommentiert: „Für Milliardäre gleicht die Pandemie einem Goldrausch. Regierungen haben Milliarden in die Wirtschaft gepumpt, doch ein Großteil ist bei Menschen hängengeblieben, die von steigenden Aktienkursen besonders profitieren. Während ihr Vermögen so schnell wächst wie nie zuvor und einige Ausflüge ins All unternehmen, hat die weltweite Armut drastisch zugenommen. Soziale Ungleichheit ist eine schreiende Ungerechtigkeit, und sie tötet Menschen. Das ist ein Zustand, den wir nicht länger hinnehmen dürfen! Die Politik muss die Weichen hin zu einem gerechten und demokratischen Wirtschaftssystem stellen. Im Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen darf nicht länger nur der Profit, sondern muss vor allem das Gemeinwohl stehen."

In diesem Sinne fordert Oxfam Deutschland von der Bundesregierung:

1. Konzerne und sehr Vermögende stärker in die Verantwortung nehmen und in soziale Grunddienste investieren: Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden und es braucht eine einmalige Abgabe auf sehr hohe Vermögen. Zudem muss die globale Mindeststeuer auf 20 bis 25 Prozent angehoben und Steueroasen müssen geschlossen werden.
2. Patentschutz für Covid-19-Impfstoffe aussetzen und Marktmacht von Konzernen begrenzen: Die Bundesregierung muss den Antrag zur Aussetzung des Patentschutzes von Covid-19-Impfstoffen bei der WTO unterstützen, um schnell eine flächendeckende Impfung aller Menschen zu erreichen. Nur so kann die Pandemie weltweit eingedämmt und das Risiko neuer, impfresistenter Virusvarianten beschränkt werden.
3. Unternehmen demokratisieren und gemeinwohlorientiert ausrichten: Unternehmen müssen verpflichtet werden, Ziele innerhalb der planetaren Grenzen und unter Beachtung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht festzulegen und umzusetzen. Zudem sollten Unternehmen Strategien veröffentlichen müssen, in denen sie den Investitionsbedarf zur Erfüllung ihrer menschenrechtlichen und ökologischen Verpflichtungen benennen.

Quelle: Oxfam Deutschland - Pressemitteilung vom 17.01.2022.

Terminübersicht

06. März 2022 — 13:00 Uhr Start Bahnhof Kirchheim am Neckar - Demonstration zum AKW Neckarwestheim: „**Klimaschutz statt Atomkraft und Fossile! Energiewende jetzt sofort!**" Ein breites Bündnis von Organisationen und Initiativen unterstützt diese Aktion, darunter auch *Lebenshaus Schwäbische Alb.* Infos: www.endlich-abschalten.de.

16. April 2022 — 12:00 Uhr in Stuttgart: **Ostermarsch 2022 Baden-Württemberg: „Kriegsgefahr bannen! Atomwaffen abschaffen! Abrüsten statt aufrüsten!"** Veranstalter ist das *Friedensnetz Baden-Württemberg. Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt den Ostermarsch.

18. April 2022 — Bregenz: **Internationaler Bodensee-Friedensweg: „Es geht ums Ganze! KLIMA . GERECHTIGKEIT . FRIEDEN"**. Der Internationale Bodensee-Friedensweg wird von zahlreichen Organisationen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland organisiert und unterstützt, u.a. von *Lebenshaus Schwäbische Alb*. Infos: www.bodensee-friedensweg.org

09. Mai 2021 — 19:00 - 20:30 Uhr Zehntscheuer Münsingen: **„Otto Umfrid (1857-1920) - Pazifist und Visionär"**. Veranstaltung 125 Jahre nach Umfrids Vortrag am 14.02.1897 in Münsingen, mit dem er viel Ärger auf sich zog. Weitere Infos auf der *Lebenshaus*-Website unter: https://ogy.de/voqp

Aug. 2022 — (Datum und Uhrzeit stehen noch nicht fest) - Gammertingen: **Kundgebung zum 77. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki**. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

15. Okt 2022 — 10:00 Uhr evang. Gemeindehaus Gammertingen: **10. Tagung „We shall overcome! Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht"**, u.a. mit Emran Feroz, Barbara Bürger, Eberhard Bürger und Marion Küpker. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 650 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
IBAN:
DE36 4306 0967 8023 3348 00
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

ffuenf
code • design • e-commerce

Bildnachweise:

.ausgestrahlt, 10

Bente Stachowske, 9

Bundesarchiv, Bild 183-H26353, 2

flickr, Julia Seeliger, 13

flickr, mkorsakov, 14

IPPNW, 11

Lebenshaus, 4, 5, 6, 7

sicherheitskonferenz.de, 1, 3, 12

DAS GEDÄCHTNIS DER MENSCHHEIT

Diese Abgestumpftheit ist es,
die wir zu bekämpfen haben,
ihr äußerster Grad ist der Tod.
Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote,
wie Leute, die schon hinter sich haben,
was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen,
dass es aussichtslos ist,
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.
Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Lasst uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht (1952)